

## **Kerstin Griese MdB**

Tagung der Gesellschaft für Evangelische Theologie in Zusammenarbeit mit der Universität Bamberg, 18. und 19. November 2005:

### **Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung im Lichte der christlichen Sozialethik**

#### **Was tun gegen Armut? In Familien**

Armut hat viele Ursachen. Kein Geld oder wenig Geld zu haben, ist nur eine Ursache. Mindestens genauso bedrückend ist die Tatsache, dass Armut gleichzeitig mit geringeren **Bildungschancen** einhergeht. Fast nirgendwo in West- bzw. Nordeuropa bestimmt die soziale Herkunft die Bildungschancen so stark wie bei uns in Deutschland. Damit wird Armut bei uns weitervererbt – es entstehen „Sozialhilfekarrieren“ und ganze Familien, die seit Generationen nur das Leben von staatlichen Transfers kennen.

Der **Armuts- und Reichtumsbericht** der Bundesregierung macht deutlich, wie sehr gerade bei Familien die Schere auseinanderklafft. Das Risiko für Kinder, in Armut zu leben, ist deutlich höher, als das für alte Menschen.

Die Armutsrisikoquote für Familien liegt bei 13,9 Prozent, sie ist damit höher, als in der Gesamtbevölkerung. Immerhin konnten wir feststellen, dass sich die Familienarmut insgesamt günstiger entwickelt hat als in der Gesamtbevölkerung. Hier hat die Politik der letzten Jahren Wirkung gezeigt. Es sind die Leistungen des Familienlastenausgleichs, die die Bundesregierung in den letzten Jahren nachhaltig erhöht hat, um die relative Einkommensarmut von Familien deutlich zu reduzieren – bei allein Erziehenden sogar um 15 Prozent. Dabei wird der Effekt des dreimal erhöhten Kindergeldes deutlich sichtbar.

Die **finanziellen Rahmenbedingungen für Familien** haben sich wie folgt verbessert.

1. Das **Kindergeld** wurde mittlerweile dreimal erhöht - das sind inzwischen insgesamt 500 Euro mehr jährlich. Seit 1998 haben wir die finanziellen Leistungen für Familien von 40 Mrd. auf 60 Mrd. Euro gesteigert – das ist der höchste Betrag seit Bestehen der Bundesrepublik. Und Steuersenkungen und höhere Steuerfrei-

beiträge haben beigetragen, dass ein durchschnittlich Verdienender mit zwei Kindern rund 200 Euro mehr im Jahr zur Verfügung hat als 1998.

2. Wir wissen, dass heute knapp 1 Million Kinder von der Sozialhilfe leben. Um die materielle Kinderarmut zu reduzieren, wurde im Koalitionsvertrag festgeschrieben, den so genannten **Kinderzuschlag** mit Wirkung ab dem Jahr 2006 weiterzuentwickeln. Das ist ganz wichtig, denn der Kinderzuschlag ist ein wichtiges Instrument, um Kinder aus der Armut zu holen. Das Prinzip: gering verdienende Eltern, die mit ihren Einkünften ihren eigenen Unterhalt, aber nicht den Unterhalt ihrer Kinder finanzieren können, erhalten einen Zuschlag von bis zu 140 Euro im Monat für jedes Kind. Damit fördern wir Beschäftigung und nicht Arbeitslosigkeit und vermeiden die Stigmatisierung der Betroffenen als Almosenempfänger.

Wenn das Erwerbseinkommen der Eltern den eigenen Bedarf übersteigt und ausreicht, den der Kinder zum Teil oder ganz zu decken, vermindert sich der Kinderzuschlag entsprechend. Aber: Der Kinderzuschlag vermindert sich nicht eins zu eins, sondern nur anteilig. Also: Für jede zehn Euro mehr, die die Eltern über die Deckung ihres eigenen Bedarfes hinaus verdienen, wird der Kinderzuschlag um 7 Euro abgezogen. Das klingt zunächst nicht nach viel, im Kern es geht darum, einen Anreiz zur Arbeitsaufnahme zu schaffen. Der Kinderzuschlag soll sicherstellen, dass Familien nicht wegen des Unterhalts für die Kinder auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind, sondern dass sie sich mit ihrer Erwerbstätigkeit und diesem Kinderzuschlag ernähren können. Ich halte das deshalb für so wichtig, weil wir viel über gleiche Bildungschancen sprechen, aber wissen, dass das Einzige, was dauerhaft Kinder aus der Kinderarmut bringt, die Erwerbstätigkeit der Eltern ist.

Bis Ende 2005 wird die angestrebte Zahl von 150.000 Kindern, für die der Bezug von ergänzendem ALG II vermieden wird, erreicht. Die ersten Erhebungen zeigen breite Zustimmung bei den Beziehern – deshalb wollen wir den Berechtigtenkreis ausweiten, um weitere 200.000 Kinder zu erreichen und ihren Eltern zu ermöglichen, auch ohne Bezug von ALG II für sie zu sorgen.

3. Ein weiteres familienpolitisches Instrument, das schon länger für öffentliche Diskussionen sorgt, ist das so genannte **Elterngeld**. Die Einführung des Elterngeldes ist eine gleichstellungspolitische Maßnahme, weil es für Mütter und Väter gleichermaßen den Anreiz bietet, sich die Betreuung und Erziehung von Kindern

im ersten Lebensjahr zu teilen. Es sichert als Einkommensersatzleistung aber auch wirksam und nachhaltig die wirtschaftliche Situation von Familien nach der Geburt eines Kindes. Und das ist das eigentliche politische Ziel.

- Das Elterngeld soll ein Jahr lang 67 Prozent des vorherigen Nettoeinkommens (maximal 1.800 Euro pro Monat) desjenigen ersetzen, der mit dem Kind zu Hause bleibt. Die Leistung soll steuerfinanziert und steuer- und abgabefrei sein.
- Damit alle Familien profitieren können soll die Einkommensersatzleistung um eine Leistung auch für Geringverdiener und nichterwerbstätige Eltern ergänzt. Mit einem vom Familieneinkommen abhängigen Sockelbetrag soll verhindert werden, dass Familien durch die Geburt eines Kindes von ALG II oder Sozialgeld abhängig werden.

Ein ganz wichtiger Aspekt ist, dass das Elterngeld einen Paradigmenwechsel beinhaltet: Weg von einer Leistung nach Bedürftigkeit, hin zur Anerkennung der Erziehungsleistung dadurch, dass das wegfallende Einkommen weitgehend ersetzt wird.

Der zügige **Ausbau der Kinderbetreuung** – insbesondere für die unter Dreijährigen – ist für die Einführung eines Elterngeldes unabdingbare Voraussetzung. Deswegen werden wir, wenn der Ausbau der Betreuungsinfrastruktur nicht ausreichend ist, ab 2008 das Recht auf einen Kindergartenplatz ab dem ersten Geburtstag einführen. So haben wir es im Koalitionsvertrag mit der Union festgehalten.

Ein entscheidender Grund für Familienarmut wird im Armuts- und Reichtumsbericht klar benannt: Die **geringe Erwerbsbeteiligung der Mütter**. Wichtige Risikofaktoren sind mangelnde Betreuungsangebote für kleine Kinder, aber auch geringes Bildungsniveau, fehlende Sprachkenntnisse, mangelnde Kompetenzen in Haushalts- und Zeitmanagement sowie die Folgen von Scheidungen. Konsequenterweise wird in dem Bericht festgestellt, dass Transferleistungen alleine die Armut und Ausgrenzung nicht bekämpfen können.

Das Problem der Kinder, die von Anfang an zu wenig Chancen haben, Chancen auf Bildung, auf Erziehung, auf Entwicklung, auf ein gesundes Aufwachsen, kann

nicht allein durch finanzielle Transfers gelöst werden. Heute wachsen manche Kinder schon in der dritten Generation als Sozialhilfeempfänger heran, andere kennen in ihrem Stadtviertel überhaupt niemanden mehr, der einer geregelten Erwerbstätigkeit nachgeht. Die Mütter sind viel jünger, weil in den betroffenen sozialen Milieus oft ein traditionelles Frauen- und Familienbild herrscht und nur geringe Aufstiegschancen für Frauen im Beruf bestehen. In finanziell schwachen Familien stellen die sozialen Transferleistungen, die aufgrund der Kinderzahl gezahlt werden, oftmals einen erheblichen Anteil am Familieneinkommen dar.

Deswegen haben wir einen Paradigmenwechsel eingeleitet und bauen die Infrastruktur für Bildung, Betreuung und Förderung systematisch aus. **Bildung als Ausweg aus der Armut:** Kinder brauchen **frühe und intensive Förderung**, denn eine gute **Bildung** und Ausbildung ebnet ihnen den Weg in die Zukunft. Die Pädagogik weiß längst, wie wichtig die ersten Jahre sind. Gerade dort müssen wir viel mehr investieren, um Kinder zu fördern. Deshalb ist der Ausbau der **Betreuung für Unter-Dreijährige** für uns ein zentrales Vorhaben. Es gibt noch große Unterschiede in West- und Ostdeutschland, von 4 % bis 40 % Versorgungsquote bei den Krippenplätzen. Im Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG), das seit 1. Januar 2005 in Kraft ist, haben wir den qualitätsorientierten Ausbau der Kinderbetreuung konkretisiert. Den Kommunen stehen für den Ausbau der Kinderbetreuung aufwachsend 1,5 Milliarden Euro jährlich zur Verfügung, die aus der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe kommen. Damit sollen Betreuungsplätze in Kindergärten und Krippen und bei Tagesmüttern insbesondere für die unter Dreijährigen soweit ausgebaut werden, dass sie den Bedarf der Eltern decken.

Ich finde, dass sind richtige Schritte und wesentliche Voraussetzungen sowohl für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf als auch für mehr Chancengerechtigkeit aller Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft.

Kinder brauchen **Betreuung**, wir brauchen mehr Ganztagsangebote, damit ihre Mütter und Väter arbeiten können. Das ist der beste Weg der Armutsprävention, das englische Beispiel zeigt das. Einen neuen Schritt, die Eltern mit einzubeziehen, gehen die Briten mit ihrem Modell des **Early Excellence Centre**. Sie sind frühpädagogische Einrichtungen. Die Blair-Regierung will mit diesen Zentren – nicht ohne Erfolg – jedem Kind einen **Sure Start** ins Leben ermöglichen. Hier geht es um Bildung für die Kleinsten – nicht nur durch Sprachförderung, sondern

auch durch musikalische, künstlerische, mathematische und naturwissenschaftliche Lernangebote. Hier hat niemand Angst vor vorschulischen Rechen-, Schreib- oder Leseversuchen der Kinder, denn diese lernen spielerisch und sind neugierig auf Bildungsinhalte. Das Entscheidende an den *Early Excellence Centres*, die zu meist in sozialen Brennpunkten entstanden sind, ist die **Einbeziehung der Eltern**. Die Erzieherinnen und Erzieher besuchen die Eltern zu Hause und machen sich dort ein Bild über den Entwicklungsstand des Kindes. In den Zentren selbst werden Familienberatungen und konkrete Hilfen angeboten. Erziehungsberatung und Sprachkurse für Eltern, Gesundheitsberatung, Kochkurse und Arbeitsvermittlung – was zuvor an unterschiedlichen Orten angeboten wurde und die wirklich Betroffenen nicht so recht erreichte, ist hier gebündelt untergebracht. Langfristig sollen diese Kinder- und Familienzentren so ausgebaut werden, dass die Kinder vom Säuglingsalter bis zum zehnten Lebensjahr begleitet werden.

In dem Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD haben wir diese Idee als **„Mehr-Generationen-Häuser“** und im Rahmen der **frühen Förderung von Kindern** festgeschrieben. Sie richten sich an alle Generationen, Kinder, Eltern und Großeltern und dienen als fördernde Angebote für Familien, in denen Kinder gut gefördert und Eltern in ihrer Erziehungsarbeit unterstützt, beraten und begleitet werden.

Für eine Vereinbarkeit von Kind und Beruf zu sorgen, ist Armutsbekämpfung. Diese Herausforderung können der Staat und die Kommunen naturgemäß aber nicht allen meistern. Sondern die Wirtschaft wird ihren Beitrag leisten müssen. Sie haben wir in einer **„Allianz für die Familie“** konsequent in die familienpolitische Diskussion mit eingebunden.

Es gibt einige positive Beispiele von Unternehmen, die den Nutzen von Familienfreundlichkeit erkannt haben und sich dafür engagieren. Familie darf für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kein Hindernis sein, Karriere zu machen. Kinder dürfen kein Grund sein, dass Mütter und Väter gar nicht arbeiten gehen. Für viele Frauen und Männer stellt ein **familienfreundlicher Arbeitgeber** wichtige Anreize für den Wiedereinstieg in den Beruf dar, nachdem sie für ihr Kind zu Hause geblieben sind. Eine sensible Unternehmenskultur, die akzeptiert, dass MitarbeiterInnen mit Kindern selbstverständlich sind und sich mit flexiblen Arbeitszeiten, Betriebskindergärten und Teil- und Elternzeitangebot auf ihre Bedürfnisse einstellt, wird belohnt. In Verbindung mit dem von uns eingeführten Recht auf Teil-

zeitarbeit, unserem flexiblen Elternzeitgesetz und dem künftigen Elterngeld haben wir eine Chance, die Wirtschaft kinderfreundlich zu machen. Denn die Wirtschaft wird von dem Geburtenmangel, der Kinderarmut und der damit verbundenen Bildungsmisere ganz zentral betroffen sein. Der Fachkräftemangel kündigt sich längst an – wenn wir nicht entschlossen gegensteuern, werden die ökonomischen Folgen gravierend sein.

Wir müssen insgesamt mehr tun für eine **kinderfreundliche Gesellschaft**. Das fängt bei der Stadtplanung an und geht bis hin zum Ernährungsverhalten. Manche Wissenschaftler vertreten die These, dass sich die soziale Spaltung der Gesellschaft am Ernährungsverhalten und am Fernsehkonsum ablesen lasse. Wenn Sie in Kindereinrichtungen waren und wissen, wie wichtig dort zum Beispiel auch gesunde Ernährung ist, dann werden Sie diese These vielleicht auch teilen können. Wie kann man eine Gesellschaft so umgestalten, dass sie kinderfreundlicher wird? Wir versuchen das unter anderem mit **Lokalen Bündnissen für Familie**, an denen auch die Evangelische Kirche bzw. die Gemeinden und die Einrichtungen der Diakonie sich beteiligen können. Da gibt es sehr viel zu tun, deshalb müssen alle daran mitarbeiten. Die Politik und die Kommunen, aber mit Sicherheit auch die Wohlfahrtsorganisationen, die Kirchen, die Verbände sind an diesen Lokalen Bündnisse für Familie beteiligt. Sie überlegen zusammen: Was können wir tun, damit unsere Stadt kinderfreundlicher wird?

Wir brauchen nicht weniger Sozialstaat, sondern einen anderen und intelligenteren. Unsere Sozialsysteme werden wir nicht mehr allein daran messen können, wie hoch die finanziellen Transfers sind, die er organisiert. Sondern es geht darum, wie **aktivierende und investierende Hilfen** für Menschen ganz konkret eingesetzt werden.

Es geht um weit mehr als Verteilungsgerechtigkeit, sondern um eine gleiche Verteilung von Chancen. Der Familienbericht der Bundesregierung spricht von einem **Mix an Maßnahmen**: Finanzielle Zuwendungen, aktivierende Maßnahmen, eine leistungsfähige Familieninfrastruktur und eine familienfreundliche Arbeitswelt. Der brandenburgische Ministerpräsident und SPD-Vorsitzende Matthias Platzeck hat nachdrücklich zusammengefasst, welches die zentrale Zukunftsaufgabe in unserer Gesellschaft ist:

„Ich will, dass jedes einzelne geborene Kind gute und gleiche Lebenschancen hat. Das ist die zentrale eine Gerechtigkeitsfrage dieses Jahrhunderts. Viel zu viele Kinder in Deutschland bekommen nicht die Förderung, die sie brauchen. Viel zu viele bleiben ohne Schulabschluss, damit ohne Qualifikation, damit ohne Perspektive. Unser Land kann sich diese Ungerechtigkeit nicht leisten, weder moralisch noch ökonomisch. Unser Land braucht jedes einzelne dieser Kinder. Kein einziges Kind dürfen wir zurücklassen.“